

30. März 1921 Der frühere KPD-Vorsitzende Paul Levi lehnt in seiner Schrift „Wieder den Putschismus“ das Vorgehen während des Aufstands in Mitteldeutschland ab.

31. März 1951 Landestheater. Wiedereröffnung als „Theater des Friedens“ in Halle (Saale)

4. April 1951 Frauen-Demo gegen Remilitarisierung; 500 bis 700 Frauen demonstrieren vor Bundeshaus; Auseinandersetzungen mit der Polizei in Bonn

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

5. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

22.03.2011

Ein Land für alle

DIE LINKE Halle hat in den letzten Wochen einen engagierten Wahlkampf geführt, in zahlreichen Gesprächen an Infoständen Menschen versucht für unsere Ziele zu gewinnen.

Ein Land für alle, so lautete das Angebot und politische Ziel unserer Partei zur Landtagswahl. Wir haben soziale Alternativen zur Politik der CDU, welche gemeinsam mit der SPD regierte, entwickelt und dieses den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf unterbreitet. Die Reaktion der CDU, war eine Angstkampagne – die roten Laternen wurden rausgeholt und märchenhafte Statistikinterpretationen wurden geliefert, selbst Kommunismusdrohungen erschienen ihnen nicht zu billig. Die SPD personalisierte den Wahlkampf und entwertete ihr Programm mit der Aussage, das ihre künftige Politik nicht von Inhalten sondern von Personen abhängen. Die verfehlte Atompolitik der Bundesregierung und die Ereignisse der letzten Wochen in Japan setzte zudem den Fokus auf die Umweltpolitik, was vor allem den Grünen nutzte. Mit einer beispiellosen Material-

schlacht, versuchte die rechtsradikale NPD den Wahlkampf mit platten und dummen Losungen zu dominieren. Dem stellten sich Demokratinnen und Demokraten aller Parteien gemeinsam entgegen. Jetzt, am Wahltag um 18:00 Uhr zeigen die ersten Hochrechnungen, dass es gelungen ist wieder mehr Menschen zu animieren von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und damit der Einzug der NPD in ein demokratisches Parlament zu verhindern. In den nächsten Tagen

werden wir uns mit den Ergebnissen intensiv auseinandersetzen. Nun gilt es für die SPD, ob ihre Wahlversprechen ernst gemeint waren oder ob es ein „Weiter so“ mit der CDU geben soll und damit auch über unser Land hinaus gezeigt wird wie ernst die SPD Wahlversprechen nimmt. Gemeinsames längeres Lernen, Schulsanierungen, gute Arbeit wird es nämlich mit der CDU auch in den nächsten fünf Jahren nicht geben, dazu wäre eine Koalition mit der LINKEN nötig.

Die Wahlen in Zahlen:

In Halle erreichte DIE LINKE. nach Auszählung von 164 der 164 Wahlbezirke: 24.136 Stimmen, das sind 24,2 %.

Die Wahlbeteiligung betrug 52,95%.

Wahlkreis 36

6164 Stimmen, das sind 31,45 %,

Dr. Uwe-Volkmar Köck hat das Direktmandat errungen!

Wahlkreis 37

6133 Stimmen, das sind 22,5%

Wahlkreis 38

6158 Stimmen, das sind 18,74 %

Wahlkreis 39

5681 Stimmen, das sind 28,36%

Quelle: Halle.de

Land Sachsen-Anhalt:

23,7 % Stand 22 Uhr

Quelle: Landeswahlleiter

"Wahlkampfmomente"



Wahlkampfabschluss am 17. März auf dem Marktplatz. Dr. Petra Sitte und unsere DirektkandidatInnen Hendrik Lange, Marion Krischok, Dr. Uwe-Volkmar Köck und Swen Knöchel auf der Bühne.



**Liebe Genossinnen und Genossen,
der Stadtverband der Partei DIE LINKE Halle (Saale)
und die Kandidatinnen und Kandidaten für unsere
Partei zu den Landtagswahlen 2011 möchten sich bei
allen, die den Landtagswahlkampf unterstützt haben,
für ihr Engagement bedanken.**

**Wir möchten Euch für den 8. April, 18.00 Uhr, in die
Blumenstraße 16, zu unserer traditionellen
Dankeschön-Veranstaltung einladen. Entspannt und
erholt können wir die Wahlergebnisse besprechen,
aber auch schon Ideen und Anregungen für künftige
Wahlkämpfe aus unseren jetzigen Erfahrungen
sammeln.**

**Swen Knöchel, Vorsitzender des Stadtverbandes
DIE LINKE Halle (Saale)**

Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.



Wulf Gallert, unser Spitzenkandidat im Fernsehinterview.



Mehrere Hundert Hallenser sind gekommen, um Wulf Gallert und Gregor Gysi live zu erleben.





Unsere Kandidatinnen und Kandidaten in Aktion, der persönliche Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern ist wichtig.

Linkes Bild: Swen Knöchel,
rechtes Bild:

Marion Krischok und
Henriette Quade im Wahlkampf.

Unteres Bild:

Prominente Unterstützung:
Klaus Ernst und Henriette Quade
bei solid.



Kurz vor der Landtagswahl am 20. März 2011 setzte DIE LINKE. Sachsen-Anhalt gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften noch einmal eindrucksvoll ein Zeichen gegen Rechts.

Die Waffen nieder!

Die Vorsitzenden der LINKEN, Klaus Ernst und Gesine Löttsch, erklären zum Beginn der internationalen Militärintervention in Libyen: Die Militärintervention ist keine Lösung sondern eine Verschärfung des Konflikts. Aus einem Bürgerkrieg ist ein international geführter Krieg geworden. Es droht eine Eskalation mit unabsehbaren Folgen. Wir fordern die Bundesregierung auf, entschieden bei ihren NATO-Partnern Widerspruch gegen das Bombardement einzulegen. Bundeskanzlerin Merkel muss unverzüglich mit Präsident Obama sprechen und ihn von der Notwendigkeit einer friedlichen Lösung überzeugen. Krieg schafft keinen Frieden. Demokratie kann man nicht herbeibomben. Unsere Botschaft an alle Kriegsparteien lautet: Die Waffen nieder! Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand. Es müssen sofort Verhandlungen auf der Grundlage eines allgemeinen Gewaltverzichts und einer Anerkennung der völkerrechtlichen Standards beginnen.

Die Märzkämpfe in Mitteldeutschland vor 90 Jahren

Die Vereinigung des linken Flügels der USPD und der KPD auf dem Vereinigungsparteitag vom 5.-7. Dezember 1920 zu Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, wobei das Wort „Vereinigte“ auf dem Jenaer Parteitag im August 1921 wieder gestrichen worden war, war ein kraftvolles Zeichen der Einheit der Arbeiter an die reaktionären Kräfte im Land. Zu den Wahlen zum preußischen Landtag am 20. Februar 1921 wählten in Halle und im Saalkreis 51.708 Wählerinnen und Wähler die VKPD, während USPD und SPD zusammen nur auf 24.072 Stimmen kamen. Das Wahlergebnis der VKPD in Mitteldeutschland lag mit 29,8 % weit über dem Landesdurchschnitt von 7,4 % - gleichwohl blieb die Mehrheit bei den bürgerlichen und militaristischen Parteien.

Am 19. März 1921 besetzten Hundertschaften der Schutzpolizei unter fadenscheinigen Gründen, wie z.B. Schutz vor Betriebsdiebstählen, Betriebe im Mansfelder Land, aber auch in Ammendorf, Merseburg, Schafstädt und Teutschenthal. Die Bezirksleitung der VKPD Halle-Merseburg gab daraufhin einen Aufruf heraus (ich zitiere): Nicht durch Demonstrationen könnt ihr diesen Kampf führen. Verweigert eure Arbeitskraft überall dort, wo man eure Arbeitsstätte durch Militär oder Sipo besetzt. Duldet nicht, dass eure friedliche Wohnstätte ein Aufmarschgelände der Konterrevolution wird.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Eine schwere Entscheidung liegt vor euch. Zeigt euch würdig der historischen Stunde. Seid freie Männer, keine Sklaven. (Zitatende)

Im Vorfeld dieses Aufrufes gab es heftige Auseinandersetzungen um den Umgang mit den Provokationen der Reaktionäre. So gab es Stimmen, die sich für Massenstreiks aussprachen, als auch Kräfte, die meinten, eine revolutionäre Situation sei gegeben. Für den 21. März wurde der Generalstreik im Mansfelder Raum beschlossen, in dessen Folge es am 22. März zu ersten Zusammenstößen mit der Polizei



kam – der Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen. Im Ergebnis der Märzkämpfe muss zugegeben werden, dass eine revolutionäre Situation, welche einen bewaffneten Umsturz gerechtfertigt hätte, nicht gegeben war. Sowohl die militärischen Aktionen als auch die Streiks blieben auf Mitteldeutschland beschränkt. Zwar gab es Solidaritätsaktionen, z.B. in Hamburg und im Ruhrgebiet, aber keine weiteren nennenswerten revolutionären Erhebungen.

Die Märzkämpfe in Mitteldeutschland forderten ca. 145 Opfer auf Seiten der Arbeiterinnen und Arbeiter. 6000 wurden eingekerkert und 4000 von ihnen zu insgesamt 3000 Jahren Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt.

Auch in diesem Jahr
gedachten zahlreiche
Genossinnen und
Genossen dem Blut-
freitag vom 13. März
1925.

LINKE vergibt erstmalig den Clara Zetkin-Frauenpreis

Anlässlich des 100. Jahrestages des Internationalen Frauentages vergab DIE LINKE am 12. März 2011 erstmals den Clara-Zetkin-Frauenpreis, um herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik zu würdigen.

Ausgezeichnet wurden zwei Kategorien: ein aktuelles Projekt bzw. eine Initiative und das Lebenswerk einer Frau. Die Preise sind mit je 3.000 Euro dotiert. Die Auszeichnung für das Lebenswerk ging an Florence Hervé. Florence Hervé (*17. April 1944); gehört dem Verein WIR FRAUEN und der von ihm herausgegeben gleichnamigen Zeitung seit Beginn an. Der Verein wurde 1991 mit dem Ziel gegründet, Frauenpublizistik zu fördern, Frauen und Frauenprojekte bekannt zu machen, sie zu vernetzen und Diskussionen ein Forum zu bieten. Sie engagiert sich in der nationalen und internationalen Frauenbewegung, publiziert zu Frauenthemen und dem Alltag von Frauen und ist Dozentin an mehreren Universitäten.

Weitere Informationen zur Preisträgerin entnehmen Sie bitte ihrer Homepage www.florence-herve.com. Die Auszeichnung für das Projekt geht an Discover Football. Ziel von Discover Football ist es, durch internationale Begegnungen im Frauenfußball interkulturelle Verständigung zu fördern. Unabhängig von sozialen und politischen Hürden erhalten 8 Frauenfußballteams aus aller Welt die Chance, sich in einem Turnier zu messen - damit wird Frauenfußball zu einem politischen Projekt. Die eingeladenen Teams zeichnen sich durch ihr Engagement für die Gleichberechtigung von Frauen im Sport und der Gesellschaft aus. Discover Football ist offizieller Teil des begleitenden Kulturprogramms zur Frauenfußball-WM 2011 in Deutschland.

Weitere Informationen zu den Preisträgerinnen entnehmen Sie bitte der Homepage www.discoverfootball.de

Atomausstieg jetzt!

„Angesichts der tragischen Ereignisse in Japan gilt unser tiefes Mitgefühl den Betroffenen. Die sich abzeichnende atomare Katastrophe ist eine schrecklich Bedrohung für die Menschen in Japan, und eingedenk der furchtbaren Folgen der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki ein erneutes Warnzeichen, das nicht übersehen werden darf. Die möglichen Folgen treffen nicht nur Japan selbst, sie bergen für viele weit über die japanischen Grenzen hinaus enorme Gefahren in sich, wie es auch die Katastrophe von Tschernobyl bewiesen hat. Für DIE LINKE kann es nur eine Konsequenz geben: den schnellstmöglichen Atomausstieg. Es gibt keine sichere Atomenergie, Naturkatastrophen oder auch andere Ereignisse können im schlimmsten Fall immer wieder zu solchen Bedrohungen für die Menschen führen. DIE LINKE bekräftigt ihre Forderung, den so genannten Atomkompromiss zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken umgehend aufzukündigen, alles andere wäre völlig unverantwortlich. Es geht jetzt um realistische Szenarien, den Betrieb der Atomkraftwerke schnell und sicher zu seinem Ende zu führen, und nicht um die Gewinnmaximierung für die großen Energiekonzerne. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt hat einen Energieplan für das Land vorgelegt, die Nutzung von Atomenergie wird dort ohne WENN und ABER abgelehnt, und das wird auch künftig so bleiben. All diejenigen, die in Deutschland an der Nutzung der Kernenergie festhalten, und das sind namentlich die CDU und die FDP, betreiben eine völlig verantwortungslose Politik – sie gehören abgewählt, und das bereits zur Landtagswahl am 20. März 2011. Da geht es nicht um Bundes- oder Landeskompetenzen, es geht um eine von atomaren Bedrohungen freie Zukunft und für die zählt jede Stimme.“

Vereinbarter Gesetzesbruch

„Das ‚Merkel-Moratorium‘ ist ein vereinbarter Gesetzesbruch. Die entsprechende Vereinbarung der Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder ist allein der politischen Opportunität mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen geschuldet. Politische Opportunität ist und darf jedoch keine rechtliche Kategorie sein“, sagt Wolfgang Neškovic anlässlich des von der Bundesregierung verkündeten dreimonatigen „Moratoriums“. Der Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Bundesrichter a.D. fährt fort:

„Wenn die Regierung ihre politische Meinung ändert, dann muss sie die Gesetzeslage ändern und nicht vorhandene Gesetzesvorschriften im Wege des Rechtsbruches uminterpretieren. Die Vorschrift des § 19 Abs.3 des Atomgesetzes

ist erkennbar auf ganz konkrete Gefahrenlagen ausgerichtet, nicht jedoch auf die Neubewertung allgemein bekannter, abstrakter Risikolagen. Mit ihrem Verhalten betreibt die Regierung nicht nur Rechtsbruch, sondern setzt sich zugleich zu ihrem früheren Verhalten in Widerspruch. Durch ihre Neubewertung gesteht sie nunmehr ein, dass der Betrieb der alten Kernkraftwerke auch vor dem Reaktorunglück in Japan schon gesetzeswidrig war und die Länder es pflichtwidrig unterlassen haben, die Kraftwerke abzuschalten. Denn an den Sicherheitsvorkehrungen in deutschen Atomkraftwerken hat sich seit dem Unfall in Japan überhaupt nichts verändert. Wenn die Betreiber zunächst darauf verzichten, sich gegen die Stilllegung rechtlich zu wehren, dann werden sie die Rechnung der Bundesregierung hierfür spätestens nach Beendigung der Wahlkampfzeiten präsentieren.“

Verschärfung des Stabilitäts- paktes geht am Problem vorbei

„Die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird die wirtschaftliche Entwicklung abwürgen und den Euro sprengen“, kommentiert Michael Schlecht die Ergebnisse des EU-Finanzministertreffens. „Es ist nicht zu erkennen, wie die Verschärfung des Paktes die Euro-Krise lösen soll. Spanien und Irland etwa haben im Unterschied zu Deutschland bis zur Krise nie gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen. Beide Länder haben aber im Gegensatz zu Deutschland Stress mit den Finanzmärkten.“ Der Chefvolkswirt der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Die Ursache der Krise war nicht die hohe Staatsverschuldung dieser Länder, sondern deren Leistungsbilanzdefizit. Die hohen deutschen Exportüberschüsse haben die Unternehmen und privaten Haushalte unserer Euro-Partner in die Schuldenfalle getrieben. Aus diesen privaten Schulden wurden dann in der Krise - aufgrund sinkender Steuereinnahmen - öffentliche Schulden. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen: Finanzinvestoren misstrauen Sparpaketen völlig zu Recht, denn diese würgen die wirtschaftliche Entwicklung ab und führen die Staaten wegen der Wucherzinsen der Kapitalmärkte in die Zahlungsunfähigkeit. Die Kosten trägt dann die Bevölkerungsmehrheit, die die Zeche für milliarden-schwere Rettungspakete zahlen muss. DIE LINKE fordert direkte Kredite einer Europäischen Bank für öffentliche Anleihen, Euro-Bonds sowie eine europaweite öffentliche Ratingagentur, um die Wucherzinsen der Kapitalmärkte zu drücken. Deutschland muss seine Exportüberschüsse durch höhere Löhne und eine Stärkung der Binnennachfrage verringern. Wir brauchen daher einen Pakt für ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Die Gläubiger und Vermögenden müssen angemessen an den Kosten der Krise beteiligt werden, etwa über eine Millionärssteuer und verbindliche, länderübergreifende Insolvenzverfahren.“

Verbot der NPD ist überfällig

Zu den erneuten Enthüllungen über die NPD erklärt Matthias Höhn, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE:

„Die mutmaßlich dem Spitzenkandidaten der NPD in Sachsen-Anhalt, Matthias Heyder, zugeschriebenen Äußerungen in einem Internetforum offenbaren die Gewalt- und Allmachtsfantasien der Rechtsextremen. Heyder soll dort unter Pseudonym Sprengstoffanleitungen und Attentatspläne verbreitet und zu Vergewaltigungen aufgerufen haben.

DIE LINKE hat die Versuche der Nazis, sich eine bürgerliche Fassade zu geben, immer klar als durchsichtiges wahltaktisches Manöver benannt. Spätestens mit den Enthüllungen des E-Mail-Verkehrs vor einigen Wochen und den jüngsten Berichten auf tagesschau.de muss jedem klar sein, wessen Geistes Kind die Aktivisten der NPD sind.

Terrorpläne und Vergewaltigungsaufrufe stellen eine neue, erschreckende Qualität der rechten Hasstiraden dar. Ein Verbot der NPD ist überfällig.“

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
17.03.2011
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 31.03.2011

Bei anderen gelesen:

DT 64 Ein Sender für junge Leute

DT 64 wurde aus Anlass und zur Vorbereitung des III. Deutschlandtreffens ins Leben gerufen. DT stand für Deutschlandtreffen. Im Mai 1964 wurde 99 Stunden ohne Unterbrechung für die Teilnehmer des Treffens ein Programm mit internationaler Musik und mit hohem Live-Anteil ausgestrahlt. Später übernahm der Berliner Rundfunk für die ganze DDR auf Mittelwelle und UKW das „Jugendstudio DT 64“, ehe es 1986 ein eigenständiger Sender wurde...

Am 8. Februar 2011 war es 55 Jahre her, als in der Berliner Nalepastraße ein neues Funkhaus eröffnet wurde. In diesem Gebäude entstand auch das Jugendradio DT 64. An eigenständigen Sendungen für die Jugend wurde schon länger experimentiert. Den führenden Funktionären war zumindestens bekannt, dass sich der größte Teil der Jugend an westlichen Sendern orientierte. Der Musikgeschmack konnte, trotz vieler Fehlversuche nicht durch Beschlüsse verändert werden.

Irgendwie gelang es einigen klugen Leuten beim Zentralrat der FDJ durch Überzeugungsarbeit, den alten Herren im Politbüro die Zustimmung zur Gründung eines eigenen Jugendsenders abzurufen. Am 7. März 1986, dem 40. Jahrestag der FDJ, ging Jugendradio DT 64 auf Sendung. Bei DT 64 waren nun alle internationalen Hits zu hören. Es gab eine spezielle Sendung zum Mitschneiden kompletter LPs. Die Discjockeys konnten endlich legale Mitschnitte nutzen und machten regen Gebrauch. 1987 wurden die Sendezeiten auf 20 Stunden erweitert. Ab vier Uhr in der Frühe

gab es bereits den „Morgenrock“. Aber auch die Entwicklung der Ostrockmusikszene konnte sich auf DT 64 verlassen. Schallplattenaufnahmen waren aus vielen ökonomischen und technischen Gründen erschwert. Vorrang hatten Schlager und Volksmusik für den Geschmack der älteren Bürger. In den Werkstattwochen der Jugendtanzmusik hatten junge Bands die Möglichkeit, im rollenden Studio von DT 64 Funkaufnahmen zu produzieren. Auch bei der Ausrichtung des „Festival des Politischen Liedes“ oder bei den Werkstattwochen der Singclubs leistete der Sender große künstlerische und technische Hilfe. Die Redakteurin und Moderatorin, Marianne Oppelt, und der Sprecher Lutz Bertram erreichten Kultstatus. Das gesprochene Wort wurde natürlich kontrolliert und unterlag den gegebenen politischen Regeln.

1989, dem Jahr der großen politischen Veränderungen, kam es auch zu neuen journalistischen Möglichkeiten bei DT 64. Die Mannschaft von DT 64 nutzte die Möglichkeiten der wirklichen Pressefreiheit gründlich und wurde stündlich at-

traktiver. Nach der „Wende 1989“ und der anschließenden Annexion der Eastside durch die Westside begann ein beispielloser Kampf von Jugendradio DT 64 zum Überleben in der Medienlandschaft der Bundesrepublik.

DT 64 musste schließlich seinen Namen ablegen und wurde in Sachsen-Anhalt als „MDR-Sputnik“ neu kreiert. Ähnlich erging es dem Jugendfernsehen der DDR. In der Wendezeit ging „Elf 99“ auf Sendung und wurde besonders im Osten ein beliebtes Sendeformat. Seine Enthüllungen und frechen Nachfragen hatte es in der bisherigen Fernsehlandschaft noch nicht gegeben. Der Sprung in die Marktwirtschaft gelang nicht. Zunächst von den „Privaten“ zuerst RTL, dann von VOX übernommen, versank das zeitkritische Jugendfernsehen gewollt in der Versenkung. Heute können wir nur noch hoffen, dass die wenigen offenen Kanäle des Rundfunks erhalten bleiben. Nur diese sind noch Garanten einer Meinungsvielfalt und der Objektivität.

Uwe Pohlitz/Helmut Kropf,
UNZ, 4 und 5/2011

Ungeregelte Finanzmärkte bleiben ein Risiko

Zur Kritik des Landesrechnungshofes an den Termingeschäften des Finanzministeriums erklärt die finanz- und haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion Dr. Angelika Klein:

„Die Kritik des Landesrechnungshofes ist berechtigt. Der künftige Landtag muss sich in Vorbereitung auf den Haushalt 2012 mit dem Problem der Derivate auseinandersetzen. Das Haushaltsgesetz für 2011 erlaubt es, im Umfang von bis zu 10 % des Schuldenstandes des Landes, Optimierungsderivate zur Optimierung der Zinsausgaben einzusetzen. Angesichts des nach wie vor bestehenden Casinocharakters der internationalen Finanzmärkte fordert DIE LINKE den vollständigen Verzicht auf Derivate, um kurz- und langfristige Risiken für das Land auszuschließen.“